

antwortung des Ortsbischofs für die Menschen in dem von ihm geleiteten Bistum insoweit nur allgemeine Empfehlungen, aber keine konkreten Handlungsanweisungen zu geben“.

Was zunächst als Diskussion einer ethischen Fragestellung begann, erwies sich so als ekklesiologisch eminent bedeutsamer Vorgang. Selbst wenn in Deutschland niemand dem Papst oder einem seiner führenden Kurienmitarbeiter das Recht abspricht, sich in der in Deutschland geführten Diskussion um ein sensibles ethisches Thema wie den Schwangerschaftsabbruch bzw. die Konfliktberatung zu Wort zu melden – die Massivität des Einspruchs aus Rom kommt manchem faktisch einer partiellen Entmündigung der Ortskirchen in Deutschland samt ihrer Bischöfe gleich. Dem entschlossen entgegengetreten zu sein, macht u. a. das Verdienst der ZdK-Initiative aus. Sie kam spät, vielleicht nicht zu spät. Am 5. Dezember jährte sich der Tag des letzten Gespräches von Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz in dieser Sache in Rom. Auf den Fortgang dieser Gespräche darf man gespannt sein. Der Nuntius kann jedenfalls aus erster Hand berichten. nt

## Genervt

*Besinnt sich Politik auch gegenüber der Wirtschaft wieder auf ihre Rolle?*

Kritische Distanz zur Unternehmenswirtschaft, bei aller gebotenen Loyalität, war nicht gerade die Stärke der Politik der letzten Jahre, jedenfalls nicht, soweit mit Politik das Verhalten der in Bonn regierenden christdemokratisch-liberalen Koalition gemeint ist. Unternehmensphilosophie der deutschen Exportwirtschaft oder Standardformeln der laufenden Standortdebatte anzuzweifeln, war geradezu verpönt. Höchstens der Bundeskanzler dachte – ganz gelegentlich – schon ein-

mal laut nach über Großindustrielle, die seiner Meinung nach in den neuen Bundesländern nicht ausreichend investierten, oder über großspurige Banker, die Existenzgründern das nötige Risikokapital verweigerten.

Diese Haltung war ein Stück weit sogar verständlich: Schließlich hat man gemeinsam Verantwortung zu tragen für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands (und Europas). Und die beiderseitigen Zielsetzungen waren auf breiter Front parallel, wenn nicht identisch: Abbau von Hierarchien – Deregulierung; schlanke Produktion – schlanker Staat. Und es gab und gibt – unbestritten – weiterhin eine Bringschuld des Staates bei der Beseitigung von vom Gesetzgeber verursachten bürokratischen Hemmnissen.

Wenig bedacht oder absichtsvoll verschwiegen wurde allerdings, wie sehr dabei über die Schiene neoliberaler Ideologumena die sozialwirtschaftlichen Parameter zu Lasten der weniger vermögenden Bevölkerungsschichten verschoben wurden. Und nicht jeder Unionspolitiker, der sich bis zur Selbstverleugnung als Lobbyist der Autoindustrie oder der Maschinenbauer betätigte, merkte, wie er dabei von der Arbeitgeberseite in den Schwitzkasten genommen wurde: Wenn ihr die Rahmenbedingungen nicht gründlich zu Gunsten der Unternehmen ändert, wenn die Arbeitszeitgesetzgebung nicht produktionsfreundlicher wird, wenn es nicht spürbare Erleichterungen bei gesetzlich bedingten Lohnnebenkosten gibt, werden die Unternehmen gezwungen sein, noch mehr Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern, zu Lasten des Standorts Deutschland und vor allem der Arbeitnehmer im Lande. Dies soll offenbar anders werden. Genervt von den gebetsmühlenartigen „Standortforderungen“ seitens der Arbeitgeber wird zurückgeschlagen.

Von *Helmut Kohl* bis *Norbert Blüm*, von *Wolfgang Schäuble* bis *Theo Waigel* hagelte es gegen Jahresende geradezu Arbeitgeberschelte: Wir haben die Arbeitszeitregeln gelockert, die Ladenöffnungszeiten verlängert; bei der gesetzlichen Herabsetzung der

Lohnfortzahlung haben wir für die Unternehmen die Kastanien aus dem Feuer geholt und den Zorn der Gewerkschaften auf uns geladen. Wir verwenden alle Mühen darauf, die öffentliche Verschuldung maastrichtgerecht in Grenzen zu halten und die Unternehmen wie überhaupt die Kapitalseite dennoch steuerlich zu entlasten.

Und dort bewegt sich außer weiteren Forderungen und Vorwürfen an die Politik nach wie vor wenig oder nichts: siehe Inlandsinvestitionen, siehe Arbeitsplätze und jetzt auch Lehrstellen. *Norbert Blüm* im „Spiegel“ (25.11.1996): längst liege die „Beweislast“ bei den Arbeitgebern. Und *Theo Waigel* auf dem CSU-Parteitag Ende November drohte gar: Die Unternehmer sollten es sich gut überlegen, ob sie nach 1998 mit einer Koalition aus Sozialdemokraten, Grünen und PDS besser fahren würden.

Eine Tendenzwende also oder nur neue Rhetorik? Am Horizont erscheint das Wahljahr 1998. Mit Volksfrontvorwürfen allein wird man ein knappes Jahrzehnt nach dem Ende des Kommunismus in Europa den Wahlkampf nicht bestreiten können. Trotz der hohen Popularität von Wirtschaftskompetenz wird man das „Gerechtigkeitsmoment“ nicht einfach den Sozialdemokraten überlassen wollen, zumal die Rolle der Wirtschafts- und Steuersenkungspartei mit verführerischem Überlebenscharme gespielt wird. Da ist es wahlstrategisch sicher gut, der Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen, daß man sich trotz allem als *soziale* Marktwirtschaftler und als Partei des kleinen Mannes versteht.

Kein hehres Motiv also, das Wahlkampfmotiv. Aber immerhin kommt auf diese Weise insofern wieder etwas mehr sozialer Realismus in die Diskussion über Standort und Globalisierung, als damit deutlicher wird: Die mangelnde Investitionsfreude und der Arbeitsplatzabbau hängen nicht allein an den Weltmärkten, man verdient dort ja auch ganz gut, und auch nicht allein an den (natürlich immer verbesserungsbedürftigen) gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen, son-

dern ebenso sehr am Sicherheitsbedürfnis von Unternehmern und Managern. Deren Risikoangst ist nicht geringer als die Überlebensangst der Gewerkschaften als gesellschaftliche Gegenmacht und die Sorge von älteren und inzwischen auch jüngeren Arbeitnehmern um ihre künftige Rente.

Noch besser wäre es freilich, auch an die sozialwirtschaftlichen Parameter wieder mit mehr Vernunft heranzugehen. Erst allmählich schwant es wenigstens einzelnen politischen Kommentatoren, daß die Fixierung auf das Kostenargument und das Setzen gleichsam allein auf die Exportwirtschaft unverantwortlich einseitig sind. Drei von vier Arbeitsplätzen hängen immerhin vom einheimischen Markt ab. Wie soll aber die Binnenkonjunktur anziehen, wenn Kaufkraft vor allem dort weggenommen wird, wo diese, soweit vorhanden, ausgegeben werden muß, während Großunternehmen als Exportmeister sich auf Kosten des einheimischen Arbeitsmarktes sanieren und die so von ihnen mitverursachten Lohnnebenkostensteigerungen zum Anlaß für weitere Arbeitsplatzeinsparungen nehmen und obendrein noch zur Durchsetzung von Nullrunden nutzen? Weder Nullrunden brauche es noch Subventionen, schrieb jüngst einer der Ihren, *Wolfgang Grupp*, Inhaber der Trigema GmbH in Burladingen in der „Zeit“ (29.11.96), sondern „Unternehmer mit Motivation, Disziplin und Leistung, die für ihre Entscheidungen auch geradestehen“. Wenigstens darüber sollte auch politisch wieder eine offene Debatte geführt werden können. Der Wahlkampf dagegen kann noch etwas warten. se

## Gemeinsam

*Katholiken und Protestanten planen ökumenischen Kirchentag*

Zwischen den Jahren 2002 und 2004 soll es in Deutschland einen *ökumenischen Kirchentag* geben, in gemein-

samer Trägerschaft des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Diesen Beschluß faßten Vertreter beider Gremien bei einer gemeinsamen Sitzung im Oktober. Die Vollversammlung des ZdK stimmte Ende November dem Vorhaben mit überwältigender Mehrheit zu.

Mit dem Projekt „ökumenischer Kirchentag“ haben die beiden Institutionen einen Stein ins Wasser geworfen, der in den kommenden Jahren noch etliche Kreise ziehen wird. Immerhin liegt die letzte gemeinsame Großveranstaltung von Zentralkomitee und Kirchentag ein Vierteljahrhundert zurück: 1971 traf man sich in Augsburg zu einem „Ökumenischen Pfingsttreffen“, im Zug des durch das Zweite Vatikanum bewirkten ökumenischen Aufbruchs, der allerdings damals auch schon an seine Grenzen stieß. Im Zusammenhang mit Augsburg erhitze vor allem die Interkommunion die Gemüter, die auf dem Treffen teilweise auch praktiziert wurde.

Jetzt brachten die Präsidien von Kirchentag und Zentralkomitee den Wunsch zum Ausdruck, „daß bei gemeinsamen Veranstaltungen in Zukunft auch die Abendmahlsgemeinschaft möglich wird“. Rechtlich-theologisch besteht hier bekanntlich eine Asymmetrie: Während die evangelischen Kirchen in Deutschland Christen anderer Konfessionen zum Empfang des Abendmahls in ihren Gottesdiensten einladen, erlaubt die katholische Kirche die Teilnahme ihrer Gläubigen am evangelischen Abendmahl nicht, die Teilnahme evangelischer Christen an der Eucharistie nur unter eng umschriebenen Bedingungen. Daß sich auf diesem Feld vor dem geplanten ökumenischen Kirchentag kirchenamtlich Entscheidendes ändern wird, ist eher unwahrscheinlich.

Die Frage der gottesdienstlichen Gestaltung wird nicht das einzige dornige Problem bei der Vorbereitung des gemeinsamen Treffens sein. Kirchentag und Katholikentag sind sich zwar heute in der Alterszusammensetzung

der Teilnehmer, in der Art der Veranstaltungen, in deren Themen und in ihrem Erscheinungsbild sehr ähnlich. Beide Institutionen haben in den letzten Jahrzehnten auch erhebliche Wandlungen erlebt, die seit den späten siebziger Jahren zu einer konfessionsübergreifenden Katholiken- bzw. Kirchentagskultur führten. Aber dennoch bleiben nicht unerhebliche *Unterschiede*.

Kirchentage sind insgesamt bunter als Katholikentage, dienen als Resonanzboden für aktuelle gesellschaftliche Ängste, Probleme und Sehnsüchte, sind teilweise so etwas wie eine protestantische Gegenöffentlichkeit. Katholikentage sind stärker kirchlich geprägt, innerkirchliche und Glaubenthemen spielen auf ihnen eine größere Rolle als auf Kirchentagen, was nicht heißt, daß sie dort fehlen würden. Katholikentage sind vergleichsweise „staatstragender“, während Kirchentage eher alternativer Politik ein Podium bieten.

In beiden Institutionen spiegeln sich die konfessionellen Kulturen deutscher Katholiken und Protestanten, die bei aller ökumenischen Annäherung ihre Eigenarten nicht eingebüßt haben. Der Kirchentag gilt vielen konservativ-evangelikalischen Protestanten als „links“ und unverbindlich. Ähnliche Vorwürfe richteten sich von „rechtskatholischer“ Seite auch gegen die letzten Katholikentage, aber gleichzeitig begleitet das offizielle Laientreffen seit Berlin 1980 ein „Katholikentag von unten“, dessen Integration bislang nicht gelungen ist.

Trotzdem: Es hat einiges für sich, daß sich Kirchentag und Zentralkomitee auf das Experiment ökumenischer Kirchentag einlassen. Ein solches Treffen könnte Anlaß dazu sein, daß beide Gremien intensiver über den eigenen Tellerrand hinausschauen, Eingefahrenes befragen und der Phantasie Raum geben. Zunächst muß sich allerdings zeigen, wie die geplante ökumenische Ausrichtung der Katholiken- und Kirchentage in der Zeit vor dem gemeinsamen Treffen gelingt. Der Hamburger Katholikentag im Jubiläumsjahr 2000 soll als „betont ökumenischer Katholikentag“ gestaltet werden.